

Liebe Leserinnen und Leser!

Sind Sie - um mit Jakob von Uexküll zu sprechen, dem Stifter des Alternativen Nobelpreises und Initiator eines Weltzukunftsrates - „Possibilist/in“? Sehen Sie Möglichkeiten, mithin Chancen, das, was Ihnen wichtig, vielleicht gar „heilig“ (geworden) ist, durchzusetzen und weiterzuentwickeln? In einer Welt, die im Zuge einer rasanten „Globalisierung“ scheinbar alle Lebensbereiche einer gnadenlosen Kosten-Nutzen-Kalkulation unterwirft?

Dass es unerwartete Möglichkeiten sogar mitten im „Herzen“ (oder im Kopf?) der Globalisierung, auf höchster politischer Bühne gibt, zeigt die im offiziellen Sprachgebrauch „gescheiterte“ Welthandelskonferenz in Cancún im vergangenen September: Erstmals gelang es dort einem Bündnis von Entwicklungsländern, sich den Interessen der EU und der USA zu widersetzen. Dazu beigetragen hat sicherlich nicht zuletzt die Arbeit zahlreicher Nichtregierungs-Organisationen im Vorfeld und im Rahmen der Konferenz. Mit WEED stellen wir in dieser Ausgabe von *initiativ* eine von ihnen vor.

Johannes Bickel, langjähriger Unterzeichner unserer Initiative, zeigt in unserem Scherpunktthema „Cross-Border-Leasing“ auf, was Sie und ich, was Gruppen und Bürgerinitiativen von unten tun können, wenn PolitikerInnen daran gehen, zwar nicht das „Tafelsilber“, aber doch - vielleicht schlimmer noch - die Infrastruktur unserer Städte zu „verscherbeln“. Erfolgreiche Beispiele dafür gibt es mittlerweile in vielen Kommunen Deutschlands, in denen BürgerInnen verhinderten, dass etwa ihre Wasserversorgung oder Stadtbusse einem US-Investor verkauft und von diesem zurück „geleast“ wurde.

Eine ganz andere - sicherlich zutreffender so bezeichnete - Form des „Leasings“ will der Beitrag unseres ehemaligen Vorsitzenden Reinhard Voß ins Gespräch bringen, in dem er - angeregt durch Gespräche während seines Urlaubs in Norwegen - über Möglichkeiten nachdenkt, den Wachstumszwang in Produktion und Handel zu überwinden. Wir würden uns freuen, wenn er der Beginn einer Debatte in *initiativ* sein könnte, in der unsere LeserInnen ihre Ideen und Erfahrungen zu diesem Thema austauschen. Auf dass auch hier Neues „möglich“ werde!

Michael Steiner

Es gibt zu viele Möglichkeiten,
als dass man Pessimist sein kann.
Es gibt natürlich auch zu viele Krisen,
als dass man einfach Optimist sein kann.
Ich sage immer: Ich bin Possibilist,
ich sehe Möglichkeiten.

Jakob von Uexküll

Inhalt:

Im Blickpunkt: Cross-Border-Leasing Johannes Bickel	2
Vorgestellt: WEED	5
Aus der Initiative	7
Blick über den Tellerrand: Ökologie und Ökonomie versöhnen Reinhard J. Voß	8
Lesezeichen	10
Randnotiz	11
Impressum	7

Finanzakrobatik mit erheblichen Risiken oder: Cross-Border-Leasing – ein Krimi erster Güte

Von Johannes Bickel

Zwei ungleiche Brüder haben sich zu einer unheiligen Allianz verbunden: Auf der einen Seite die europäischen Städte, aus deren Finanznot die Kämmerer keinen Ausweg mehr sehen - auf der anderen Seite die US-Multis mit ihrem Expansionsstreben, das von der Globalisierungspolitik der US-Regierung, zumal der gegenwärtigen, massiv unterstützt wird. Beide haben sich zu gemeinsamem Vorgehen, dem so genannten Cross-Border-Leasing (CBL), entschlossen. Da die Liaison so lohnend erscheint, haben in Deutschland bisher schon etwa 200 Städte solche Verträge abgeschlossen.

Was heißt denn das – Cross-border-Leasing?

In den USA wurde vor acht Jahren die Möglichkeit zu CBL-Verträgen mit ausländischen Städten geschaffen. Danach werden kommunale Einrichtungen, z.B. Verkehrsbetriebe, Kläranlagen oder Krankenhäuser, für 100 Jahre an den jeweils eigens gegründeten Trust eines US-

Investors verkauft, auch wenn es sich der Form nach um eine Verpachtung (Leasing) handelt. Bei manchen Verträgen wird auch noch eine Trust-Tochter als Briefkastenfirma in einer „Steueroase“ (d.h. Schwarzgeld-Sammelstelle) wie etwa den Cayman Islands eingeschaltet. Die lange Laufzeit ermöglicht es, die Transaktion vom US-Finanzamt als Eigentumsübertragung bewerten zu lassen. Der Vertrag enthält eine „Rückkaufoption“, nach der die Stadt den Vertrag nach ca. 30 Jahren beenden kann. Nimmt sie die Option nicht wahr, hat der US-Investor das Recht, eine andere Privatfirma mit dem Betrieb während der restlichen 70 Jahre zu beauftragen. In einem Parallelvertrag über ebenfalls ca. 30 Jahre pachtet die Stadt ihren Verkehrsbetrieb, ihr Krankenhaus wieder zurück.

Mit solchen Verträgen entsteht in den USA für den Trust ein Steuervorteil, von dem er einen kleinen Teil (meist 4% des Geschäftsvolumens) sofort an die Stadt auszahlt (den sog. Barwertvorteil), qua-

si als Belohnung für die Mitwirkung an der globalen Finanz-Rallye. Die Stadt, die nach deutschem Recht Eigentümerin bleibt, verpflichtet sich, die Anlage während der gesamten Vertragslaufzeit im vereinbarten Umfang zu betreiben. Wenn die Anlage, z.B. das Krankenhaus, nicht mehr ausgelastet ist, zeitweise ausfällt oder gar geschlossen wird, hat der Investor ein Kündigungsrecht und einen Schadenersatzanspruch in Höhe seiner entgangenen Steuervergünstigung.

CBL-Verträge wurden, soweit bisher bekannt, auch mit vielen Städten in Holland, der Schweiz, Österreich und Belgien abgeschlossen. Gegenstand der Deals sind auch Messehallen, Wasserwerke, Straßenbahnen, Autobahnen, Kraftwerke, ja sogar Rathäuser. Die Verträge unterliegen einer strikten Geheimniskrämerie. „Sonst platzt das Geschäft“, heißt es regelmäßig. Bisher hat in Deutschland noch keinem Stadtverordneten der vollständige Vertragstext vorgelegen, üblich sind vielmehr Beschlussvorlagen von vier bis zehn Seiten! Selbst Name und Sitz

Dukaten-Eselei in Frankfurt

In Frankfurt/Main herrscht Ebbe in den Kassen – wie in vielen anderen Städten. Öffentliche Bibliotheken sind von der Schließung bedroht, und Selbsthilfeeinrichtungen werden die Zuschüsse gekürzt. Selbst William Forsythe mit seinem berühmten Ballett musste gekündigt werden. Da kommt die rettende Idee gerade recht – Cross-Border-Leasing (CBL) der Frankfurter U-Bahn, d.h. die Bahn einfach an einen US-Investor verscherbeln (für 99 Jahre!), wieder zurückpachten und dabei einmalig ca. 90 Mio Euro kassieren! Der Finanztrick scheint sehr vorteilhaft.

Deshalb sind die CDU, die FDP und die Grünen eindeutig dafür. Nur die SPD, die vierte im Koalitionsbündnis, zögert. Aber am 17. Juni 2003 beschließt das Stadtparlament, die Verträge vorbereiten zu lassen. Risiken für die Stadt, so die Befürworter vollmundig, seien damit nicht verbunden. Nach dem Parlamentsbeschluss schreibt die Frankfurter Rundschau: „Von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten haben nur wenige verstanden, was sie da beschließen... Die Öffentlichkeit blieb weitgehend draußen vor. Die Vertraulichkeit der Finanztransaktion wurde erst Stunden vor der Abstimmung aufgehoben.“

Zwar hat eine Bürgerinitiative bereits am 21. Mai ein Bürgerbegehren gegen das CBL-Geschäft angekündigt, aber das

scheint aussichtslos. So etwas hat in Frankfurt noch nie geklappt. Mitglieder der Initiative sind Attac Frankfurt, die GEW, Pax Christi, Mieter helfen Mietern eV, die Friedens- und Zukunftswerkstatt eV, die PDS und eine relativ unbekannt Partei namens Freie Wähler BFF. Die Aufgabe ist gewaltig: Innerhalb von nur 6 Wochen (bis Ende Juli) müssen rd. 42.000 gültige Unterschriften gegen das Geschäft gesammelt werden. Unterschriftsberechtigt sind nur Frankfurter Bürger (inkl. EU-Bürger), nicht Bewohner des Umlandes, obwohl sie auch erheblich auf die U-Bahn angewiesen sind.

Die Kampagne läuft nur langsam an. Man schreibt ein vierseitiges Flugblatt, druckt Plakate, gestaltet eine Internetseite (www.RettetdieUbahn.de), beginnt mit Unterschriftenständen am Wochenende und fordert zu Spenden auf. Die Initiative verweist auf die erheblichen Gefahren des Geschäfts: Die Risiken der Verträge lägen einseitig bei der Stadt, selbst bei einer verschlechterten Bonität Hessens oder Deutschlands müsste Frankfurt Sicherheiten stellen, Schadenersatzansprüche könnten bis zu 500 Mio. Euro betragen, bei Streitigkeiten sei ein US-Gericht zuständig etc.

Dann melden sich immer mehr Freiwillige zur Mitarbeit. Die Unterschriftenstände werden zeitweise an allen Wochentagen durchgeführt. Aber die Erfolgchancen scheinen noch

des US-Trusts wurden den Stadtverordneten nie mitgeteilt, obwohl er doch der eigentliche Vertragspartner der Stadt ist!

Akteure der CBL-Geschäfte

Als Investoren wurden bisher bekannt Microsoft, Philipp Morris, die Citygroup, die Bank of America und andere multinationale Unternehmen der USA. Die treibenden Kräfte bzw. Arrangeure sind große Banken- und Finanzgruppen wie z.B. die Deutsche Bank, die Hypo-Vereinsbank, Crédit Suisse, die Finanztochter von Daimler-Chrysler u.a. Sie erhalten für die Geschäfte Provisionen in meist zweistelliger Millionenhöhe.

Ihre wichtigsten Mitstreiter sind große Anwaltsfirmen aus den USA, die die komplizierten und immer einige tausend Seiten langen Verträge entwerfen und dafür ebenfalls mit Millionenbeträgen belohnt werden.

Daneben gibt es sog. Erfüllungsübernahme-Banken wie z.B. die Westdeutsche Landesbank, die Bayerische Landesbank, die ebenfalls gut verdienen, weil sie den US-Trust mit Darlehen versorgen und die Zahlung, besser: Verrechnung der verschiedenen Leasing-Raten abwickeln, die sie zudem als steuerbe-

günstige Auslandsinvestition geltend machen können.

Schließlich sind noch die Ingenieur- bzw. Wirtschaftsprüferfirmen beteiligt, die die Wertgutachten für die entspr. Anlagen, z.B. das U-Bahnnetz, erstellen und damit das Transaktionsvolumen ermitteln.

Merkwürdigkeiten, Tricks und Scheingeschäfte

Die lange Laufzeit von 100 Jahren dient dazu, das Geschäft als Eigentumsübertragung erscheinen zu lassen. Der Begriff „Leasing“ stellt also nur eine Täuschung dar. Damit haben die Anlagen zwei Eigentümer, was es eigentlich gar nicht geben kann: nach US-Recht den US-Trust und nach deutschem Recht die Kommune! Auf Grund dieser Tricks hat sogar der Internal Revenue Service, die oberste Steuerbehörde der USA, CBL-Verträge 1999 als bloße Scheingeschäfte charakterisiert, die „keine ökonomische Substanz“ haben und deshalb nicht zu Steuervorteilen führen könnten. Die mächtige US-Banken- und Leasinglobby hat es jedoch geschafft, die Praxis gegen die geltende Rechtslage fortzuführen; dabei wird sie von der Bush-Regierung allerdings juristisch unterstützt!

Damit nicht genug – es gibt noch andere Merkwürdigkeiten. Lange Abschnitte der Verträge sind immer den Kündigungsgründen des US-Trusts gewidmet. Er muss seinem Finanzamt jährlich nachweisen, dass die betr. Anlagen voll funktionsfähig und auch ausgelastet sind. Ist das nicht der Fall, kann der Investor kündigen und von der Stadt Schadenersatzzahlungen verlangen, die das Mehrfache des anfänglichen Barwertvorteils erreichen können! Von gleichberechtigten Vertragspartnern kann man ohnehin nicht sprechen: Der Vertragstext ist immer englisch, eine Übersetzung für den ausländischen Vertragspartner wird erst gar nicht angefertigt. Es gilt das Recht der USA, und Gerichtsstand in Streitfällen ist nie ein deutsches Gericht, sondern immer New York. Wie bei den in den USA üblichen, hohen Schadenersatzansprüchen ein Prozess ausgehen dürfte, kann man sich damit leicht ausmalen.

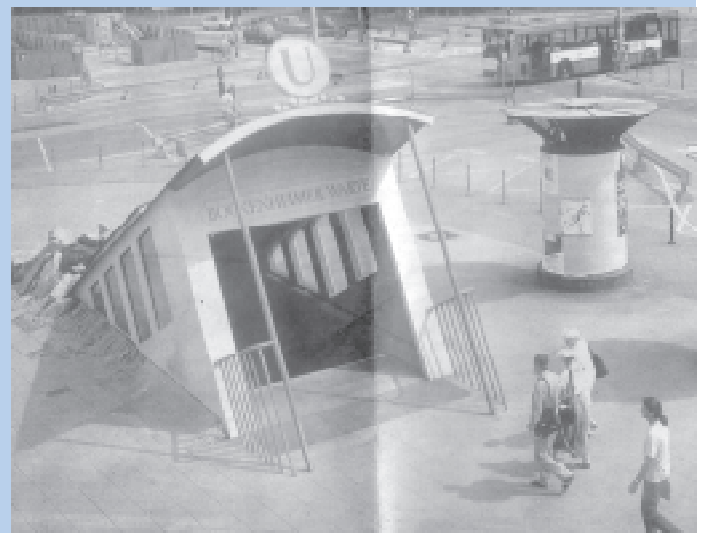
Da die sog. Erfüllungsübernahme-Banken für ihre Mitwirkung Steuervergünstigungen erhalten, entstehen Steuerausfälle nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Mit CBL-Geschäften schmälern deutsche Städte daher langfristig ihre eigene Steuerbasis, denn sie sind ja wesentlich auf Zuweisungen des

immer gering. Noch mehr Flugblätter werden gedruckt und in Hauswurfsendungen an die Frankfurter Haushalte verteilt. Im Juli nimmt die Kampagne Fahrt auf. Rudi Arndt, ein ehemaliger Oberbürgermeister, nimmt gegen das Geschäft Stellung, ein Kreis von Intellektuellen und dann – welche Überraschung – auch der IHK-Präsident, wofür er einen bösen Ruffel von der OB Petra Roth erhält. Immer mehr private Spenden gehen ein. Damit kann die Aktion von den Initiatoren auch finanziell geschultert werden.

Im Juli entsteht insbesondere bei Attac ein Streit wegen der BFF-Partei, die - das hat sich inzwischen herausgestellt - populistische und rechtslastige Ansichten vertritt. Die Frage ist: Was ist dringender, die sofortige öffentliche Distanzierung vom BFF oder die Beendigung der Kampagne, deren Erfolg noch keineswegs sicher ist? Die Entscheidung wird vertagt, aber im August steigt der BFF selber aus. Am 28. Juli sind 35.000 Unterschriften gesammelt. Das reicht nicht! Da kommt die rettende Nachricht, dass die 6-Wochen-Frist rechtlich noch nicht begonnen hat - also werden weiter Unterschriften gesammelt. Am 4. September kündigt die Fraktion der Grünen, bedrängt von ihrer Basis, schließlich das Geschäft auf. CDU und FDP geben daraufhin ebenfalls auf, da sie nun keine Mehrheit im Parlament mehr haben. Inzwischen sind 48.000 Unterschriften zusammengekommen. Der frag-

würdige Deal ist gescheitert! Ein Aufatmen geht durch die Reihen der Initiatoren und BürgerInnen in Frankfurt und Umgebung. Viele Kommentatoren erwarten davon eine Signalwirkung auf andere Städte in Deutschland.

Johannes Bickel



U-Bahn-Station „Bockenheimer Warte“ in Frankfurt

Bundes angewiesen. Doch der deutsche Staat ist noch in weiterer Hinsicht tangiert. Der US-Trust sichert sich dingliche Rechte, um im Eventualfall auf das Vermögen der Stadt zugreifen zu können, insbesondere wenn die Stadt Entschädigungszahlungen nicht leisten kann. Nach der Verfassung haftet der Staat für die Städte. Wegen dieser Sicherheit sind CBL-Verträge mit Städten so attraktiv für US-Multis. Folglich wird in den Verträgen festgeschrieben, dass der Bund und das entspr. Bundesland (!) einem ständigen Rating US-amerikanischer Ratinggesellschaften unterworfen werden. Sobald die Bonität einer der beiden Körperschaften unter eine gewisse Grenze sinkt, müssen die Städte zusätzliche Sicherheiten stellen – bis zu der Verpflichtung, ihre Anlagen notfalls zu verkaufen!

Was kann man gegen Cross-Border-Leasing tun?

Engagierte BürgerInnen, Basis- und Nichtregierungsorganisationen haben folgende Möglichkeiten:

1 Sie können bei CBL-Geschäften darauf hinweisen, dass dem kurzfristigen Vorteil für die Kommunen (der Einmalzahlung) mittel- und langfristig erhebliche Gefahren gegenüberstehen. Sie sollten die Öffentlichkeit informieren, dass der US-Investor auf Grund der Verträge Schadenersatzforderungen und damit Zugriffsmöglichkeiten auf städtische Anlagen erhält, sobald sich für ihn nur geringe, ungünstige Entwicklungen ergeben. Dabei ist der US-Konzern an der Kommune und ihren Dienstleistungen für ihre Bürger gar nicht interessiert (er lässt seinen Namen ja nicht einmal nennen!). Ihn interessieren allein der Steuertrick und die dadurch mögliche Gewinnsteigerung. Die Stadtverordneten, die sich gern als „Verantwortungsträger“ bezeichnen, können einem solchen Geschäft ernstlich nicht zustimmen.

2 Interessierte BürgerInnen können aus dem Widerstand anderer lernen – denn der Widerstand gegen CBL-Transaktionen wächst. In Kulmbach scheiterte 2002 ein CBL-Geschäft, das das Kanalnetz zum Inhalt hatte. Auch in Fürth, in Bergisch-Gladbach, in Frankfurt/Main u.a. Städten wurden geplante CBL-Aktionen aufgrund des Bürgerprotests gestoppt. Zahlreiche Ortsgruppen von

Attac haben, oft zusammen mit DGB, verdi, BUND u.a., über die gefährlichen Geschäfte informiert und Bürgerbegehren mit angeschoben. Sogar die CSU-Regierung Bayerns will keine CBL-Verträge mehr genehmigen und hat eine entspr. bundesweite Gesetzesinitiative angekündigt! In den Niederlanden hat die Regierung bereits 2001 derartigen Geschäften Einhalt geboten.

3 Es ist höchste Zeit, sich für mehr öffentliche Einnahmen zu engagieren – aber nicht für dubiose, sondern für die normalen, d.h. die Steuereinnahmen. Wie sehr in Deutschland inzwischen Steuern vermieden, hinterzogen und in Steueroasen versteckt werden, darf nicht länger tot geschwiegen werden – zumal viele Politiker nur noch über Sparen, d.h. über die Senkung öffentlicher Ausgaben reden. Wer nicht den faktischen Wegfall der Körperschaftssteuer (für große Unternehmen), die Hinterziehungsformen bei der veranlagten Einkommenssteuer (für Wohlhabende), die Hinterziehung von Mehrwertsteuer (bei Handwerkern und bei Schwarzarbeit für Private) und die täglichen, „regulären“ Transaktionen der Banken mit den vielen Steueroasen kritisiert und öffentlich macht, hat kein Recht, über die Kürzung von öffentlichen Ausgaben zu klagen: von Zuschüssen an soziale Einrichtungen, bei der Schließung von Bibliotheken oder der (Teil-)Privatisierung der Kranken- und Rentenversicherung. In Deutschland werden jährlich Steuern von schätzungsweise über 100 Mio. Euro hinterzogen! Globalisierung heißt heute auch Steuer-senkungs- und Steuerhinterziehungswettbewerb! Dem kann man aber entgegen-treten durch den Druck von Basisorganisationen und NROs auf Regierungen, z.B. damit Kapitalerträge ebenso wirksam besteuert werden wie die Einkommen von Lohnsteuerzahlern (vgl. die Attac-Broschüre „Stopp Steuerflucht“, 2001, und den AttacBasisText/Sven Giegold, Steueroasen, 2003).

4 Wir können hinweisen auf den eklatanten Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut (der ungenügenden Pflege von Alten und Behinderten, den Schlaglöchern auf den Straßen etc.). Die Werkstatt Ökonomie in Heidelberg hat dazu im Auftrag der Evang. Kirche in Hessen und Nassau gerade die sehr interessante Studie „Reichtum und Armut“ herausgegeben (e-mail: info@woek.de, Tel. 06221 - 720

296). Zu dieser Studie gibt es inzwischen auch die „Arbeitsmaterialien für Gemeinde, Schule und Gruppen“ (Bestellungen: Fax 069 - 665 442 200, e-mail: rwn@frankfurter-verein.de).

5 Wir müssen wieder mehr reden über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Sicher muss in vielen Fällen die Effizienz und die Bürgernähe von Behörden gesteigert werden – aber man sollte sich nicht beteiligen an der verbreiteten Verleumdung des Staates. Die öffentliche Hand sollte noch immer dem Gemeinwohl, d.h. der Gesamtbevölkerung ihres Landes, verpflichtet sein, Privatunternehmen aber sind nur ihren Kapitaleignern, d.h. einer Minderheit, verpflichtet – zumal heute bei der absoluten Dominanz des Shareholder-value-Prinzips. Die Tätigkeit von Privatunternehmen ist wichtig und legitim; aber es muss sichergestellt sein (notfalls durch Gesetze und Verordnungen), dass sie neben wirtschaftlichen Zielen auch soziale, Umwelt- und menschenrechtliche Mindeststandards beachten. Bestimmte Bereiche sollten ganz dem öffentlichen Sektor vorbehalten bleiben – die Kernfunktionen des Staates. Über sie müsste viel mehr diskutiert werden, und sie sollten nicht kaputt gespart werden! Was ist, wenn auch Wasser, Gesundheit und Bildung zur Ware werden und die Armen die Ware nicht mehr bezahlen können? (Vgl. die Risiken des GATS-Vertrages der WTO. Siehe hierzu auch den ÖIEW-Rundbrief vom März 2003 *initiativ* 102.)

6 Wenn der nächste Handwerker zu Ihnen kommt und nach der Arbeit wie üblich fragt „Mit oder ohne Rechnung?“, können Sie antworten: „Mit Rechnung, bitte. Ich will nicht, dass die Stadtbibliothek geschlossen wird oder die Kindergartengebühren weiter erhöht werden. Wenn wir heute immer noch Steuern hinterziehen, schneiden wir uns doch nur ins eigene Fleisch.“ ■

Johannes Bickel, Banker und Entwicklungshelfer i.R., ist aktiv in der Evangelischen Kirche und bei Attac.

Literatur:

Attac/Werner Rügemer, Schmutzige Peanuts aus der globalen Steuerflucht, 2003.

Infos: www.attac.de.

WEED – eine kleine Organisation macht Druck in der Weltpolitik

Von Christina Deckwirth

Im kleinen Berliner Büro der Nichtregierungsorganisation WEED trifft man sich, um über Weltpolitik zu beraten. Die etwa 15 MitarbeiterInnen tippen Analysen über die neusten Ereignisse der Handelspolitik und der Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten in ihre Computer, tauschen Berichte über die letzten Treffen und Veranstaltungen aus und beraten die nächsten Schritte ihrer politischen Arbeit. Zwischendurch rufen Journalisten an, die um Interviews bitten, Anfragen zu Vorträgen und Tagungen treffen fast täglich ein, die gedruckte Version der neusten Studie wird per Post vorbeigebracht.

Was will WEED?

WEED steht für die englische Abkürzung von „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“. Angetreten ist die kleine Organisation mit einem großen Ziel: Sie will in Deutschland mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme schaffen. WEED will die Mitverantwortung der Industrienationen für die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und globale Umweltzerstörung stärker ins Zentrum der Arbeit sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen rücken. „Wir wollen die negativen Folgen der Globalisierung nicht hinnehmen, sondern den Prozess mitgestalten. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung verlangen nach einer Wende in der Finanz-, Wirtschafts- und Umweltpolitik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit,“ erläutert Klaus Schilder, Projektreferent für EU-Handelspolitik.

Welche Themen hat WEED?

Bei der Analyse der Nord-Süd-Beziehungen lenkt WEED den Blick besonders auf die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. WEED greift dabei solche Themen auf, die in der öffentlichen Diskussion oft zu kurz kommen. Neben der systematischen Bearbeitung der Sachthemen werden auch die jeweils relevanten Institutionen, wie z.B. die

WTO oder der IWF ins Visier genommen. Im Blickpunkt steht dabei nicht allein die Kritik an den Akteuren - die Entwicklung von Reformvorschlägen und alternativen Konzepten ist ebenso elementarer Bestandteil der Arbeit von WEED.

WEED arbeitet vor allem zu vier Schwerpunktthemen:

- Internationales Finanzsystem und Verschuldung: Schuldenkrise, IWF und Weltbank;
- Internationale Handels- und Investitionspolitik: WTO/GATS, bilaterale Investitionsabkommen, Außenwirtschaftsförderung / Hermesbürgschaften;
- Demokratisierung der UNO;
- Nord-Süd-Politik der Europäischen Union.

Was macht WEED?

Veränderung kommt nicht von heute auf morgen. Nur kontinuierliche Arbeit auf verschiedenen Ebenen kann Veränderungen in den Köpfen und Strukturen bewirken. WEED setzt deshalb auf langfristige Arbeit, um seinem Ziel einer Wende in der internationalen Wirtschafts- und Umweltpolitik näher zu kommen. WEED arbeitet in vier Bereichen:



Probleme und Zusammenhänge aufdecken:

WEED analysiert systematisch weltwirtschaftliche, ökologische und soziopolitische Themen und arbeitet diese in Studien, Arbeitspapieren und Hintergrundmaterialien auf. WEED gibt den monatlich erscheinenden Informationsbrief „Weltwirtschaft & Entwicklung“ heraus, einen Fachinformationsdienst für Nord-Süd-, internationale Wirtschafts- und Umweltpolitik. Mit Sonderdienstreihen zu Schwerpunktthemen liefert W&E Hintergrundinformationen und Analysen für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.



Wissen öffentlich vermitteln:

Auf Seminaren, Workshops und Tagungen macht WEED seine



weed

Daten und Fakten: Wer ist WEED?

WEED wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. WEED verfolgt das Ziel, Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme zu schaffen. Dazu leistet WEED Hintergrund- und Öffentlichkeitsarbeit zu entwicklungs- und umweltpolitischen Themen und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Fragen der Weltwirtschaft und der internationalen Entwicklungspolitik.

WEED unterhält zwei Büros in Bonn und Berlin, in denen acht Hauptamtliche sowie mehrere freie MitarbeiterInnen tätig sind. WEED ist ein gemeinnütziger Verein, der sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge sowie über Zuschüsse von verschiedenen Stiftungen finanziert.

Engagement bei WEED ist erwünscht! Mitglieder erhalten den Infobrief „Weltwirtschaft und Entwicklung“ kostenlos. Er kann zudem abonniert werden. Mitgliedschaft und Spenden helfen, um politische Unabhängigkeit auch langfristig zu ermöglichen.

WEED e.V., Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung
E-mail: weed@weed-online.org
Internet: www.weed-online.org
Torstraße 154, 10115 Berlin
Tel.: 030 - 275 82 163
Fax: 030 - 275 96 928

Hintergrundarbeit einem breiten Publikum zugänglich. MitarbeiterInnen von WEED sind auf zahlreichen Bildungsveranstaltungen wie Podien und Konferenzen vertreten und tragen so dazu bei, die Analysen und Alternativvorschläge zu verbreiten. Durch intensive Kommunikation mit Pressevertretern, durch eine ausführliche Homepage verschafft WEED Zugang zu Informationen.

Zusammenarbeit und Vernetzung fördern:

WEED engagiert sich in politischen Netzwerken und kooperiert mit anderen NROs und sozialen Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene. Besonders aktiv ist WEED bei Attac Deutschland, der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“, der Erlassjahrkampagne, Social Watch Deutschland, dem europäischen Netzwerk „Seattle-to-Brussels“ und dem internationalen Netzwerk „Our World is not for Sale“.



Kampagnen führen und Druck machen:

WEED führt gemeinsam mit anderen NROs öffentlichkeitswirksame Kampagnen durch, richtet Forderungen direkt an politische Entscheidungsträger in Parlament, Regierung und staatlichen Organisationen und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.

Arbeit mit Erfolgen

Trotz der großen Ziele kann WEED Erfolge verzeichnen. Seit 1990 hat WEED immer wieder hartnäckig nachgefragt, viele Denkanstöße gegeben und den heutigen Blick auf die Nord-Süd-Politik mitgeprägt. Aufgrund der fachlichen Kompetenz ist WEED gefragter Gesprächspartner für Politik und Medien. Bei der Diskussion wichtiger politischer Themen konnte WEED Einfluss nehmen, wie zum Beispiel bei der Entschuldung, der Diskussion um die staatliche

Exportförderung, der Debatte um internationale Unternehmensverantwortung und den Reformansätzen zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Während der WTO-Ministerkonferenz in Cancún hat WEED wesentlich dazu beigetragen, Informationen über das Geschehen vor Ort zugänglich zu machen und einen kritischen Blick auf die Politik der WTO in das Licht der Öffentlichkeit zu tragen. WEED hat sich profiliert als eine Organisation, die Hintergrundinformationen bereitstellt und es versteht, diese verständlich zu vermitteln. ■

Christina Deckwirth ist freie Mitarbeiterin im Bereich WTO/GATS bei WEED.



Was kann WEED bewirken? Interview mit Ann-Kathrin Schneider (Projektreferentin IWF/Weltbank bei WEED)

Wo beißt WEED mit seiner Arbeit auf Granit?

Es ist oft nicht einfach, mit unseren Themen eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren. Themen wie Weltwirtschaft und internationale Institutionen stoßen einfach nicht überall auf Interesse. Es ist schwer, eingefahrene Denkstrukturen und lang gehegte Ausrichtungen zu ändern. Dies gilt insbesondere für Entscheidungsträger in der Politik.

Wo erlebt ihr Erfolge und damit vermutlich auch ein Stück Sinnhaftigkeit und Bestätigung eures Ansatzes?

Erfolge erleben wir vor allem im Detail. Bei Entscheidungsträgern können wir zwar nicht sofort die Grundeinstellung verändern, aber im Kleinen haben wir schon vieles bewirkt. Im Vorfeld der Herbsttagung von IWF und Weltbank zum Beispiel haben wir mit Öffentlichkeitsarbeit auf die undemokratischen Strukturen der beiden Institutionen aufmerksam gemacht. Während der Tagung konnten wir dann tatsächlich einen schärferen Ton der Bundesregierung und ein stärkeres Engagement für eine Demokratisierung von IWF und Weltbank wahrnehmen. Das ist immerhin ein kleiner Erfolg.

Erfolge haben wir aber vor allem dann, wenn wir es schaffen, mit unseren Materialien und Vorträgen, die „Menschen auf der Straße“ zu erreichen. In meinen eigenen Vorträgen habe ich schon oft gemerkt, dass ich Vorurteile abbauen kann und mit den Positionen von WEED überzeugen kann. Solche Erfahrungen ermutigen mich in meiner Arbeit.

Versteht WEED seine Arbeit als „Lobbyarbeit“?

Eher nicht, denn der Fokus unserer Arbeit liegt auf Öffentlichkeitsarbeit. Hauptadressaten von WEED sind nicht die politischen Entscheidungsträger, sondern eine breitere Öffentlichkeit. Wir machen uns wenig Illusionen, dass wir in Gesprächen mit Einzelpersonen Politik verändern können. Dennoch sind Lobbygespräche, also Gespräche mit Entscheidungsträgern, Bestandteil unserer Arbeit. Wir nutzen solche Gespräche allerdings häufig eher dazu, uns Informationen zu beschaffen und um als politischer Akteur im Gespräch zu bleiben.

Welche Erfahrungen macht ihr bei solchen Gesprächen?

In beschränktem Maße können wir über Gespräche mit Entscheidungsträgern tatsächlich Informationen bekommen, an die wir sonst nicht herankommen. Insgesamt sind solche Gespräche aber oft sehr frustrierend, weil häufig kein Interesse an offenem und transparentem Informationsaustausch besteht.

(Die Fragen stellte Michael Steiner.)



Aus der Initiative:



Das 100. Vereinsmitglied

Unser 100. Vereinsmitglied im ÖIEW e.V. konnten wir im Juli dieses Jahres begrüßen: Sibille Schneider aus Wesel (im Bild rechts). Anlässlich eines Arbeitsbesuchs in Wethen überreichte Vorstandsmitglied Karl Wolff ihr im Garten vor dem Fenster des ÖIEW-Büros ein von Michail Gorbatschow handsigniertes Exemplar der Erd-Charta sowie von „Genuss und Nachhaltigkeit“, dem Buch zur Initiative „Aufbruch - anders besser leben“.

Wir freuen uns auch weiterhin über neue Vereinsmitglieder und SympathisantInnen! Aus diesem Grund liegen dieser Ausgabe von *initiativ* ein Aufnahmeantrag in den ÖIEW e.V. bei und das neue, überarbeitete Info-Faltblatt der Initiative. Wir bitten herzlich um deren Beachtung und gezielte Weitergabe an mögliche Interessierte! Das Faltblatt kann zum Auslegen in Welt- oder Bioläden, Kirchengemeinden u.a. gerne auch in größerer Stückzahl kostenlos im Büro angefordert werden.



Jahrestreffen 2004

Das nächste Jahrestreffen der ÖIEW findet vom 7. bis 9. Mai 2004 in Warburg-Germete statt. Termin bitte vormerken und freihalten! Thematisch wird es voraussichtlich um die Frage gehen, welche Auswirkungen nachhaltige Lebensweisen auf die Wirtschaft haben (können). (Siehe dazu auch den Beitrag von R. Voß auf den folgenden Seiten und den von H. Garritzmann im eingelebten ECHT 08!)

Die außerordentliche Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands am 15./16.11.2003 hatte bei Drucklegung dieses Rundbriefs noch nicht stattgefunden. Wir informieren über ihre Ergebnisse in einem beigefügten Brief, mit dem wir auch herzlich um Ihre Spende zum Jahresende bitten.

„Aufbruch“-Wochenenden und Tagestreffen

In den letzten Monaten haben an verschiedenen Orten Wochenend- oder Tagestreffen für InteressentInnen von „Aufbruch – anders besser leben“ stattgefunden. Anfang Juli erlebten in Ellwangen (Ostalbkreis) 26 TeilnehmerInnen ein sehr inspirierendes Wochenende, und Anfang September war das Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen bei Kassel der Treffpunkt (s. Foto unten). Tagestreffen gab es in Hamburg und Leipzig.

Ziel war es jeweils, Informationen über die „Aufbruch“-Initiative und Unterstützung für den Start einer „Aufbruch“-Gruppe am eigenen Ort zu geben. Die durchaus unterschiedlichen Programme wechselten zwischen Kurzreferaten, praktischen Übungen, Singen, Tanzen, Meditationen ab, so dass Körper, Geist und Seele zu ihrem Recht kamen. So wurde die von „Aufbruch“ erstrebte Ganzheitlichkeit erfahrbar.



IMPRESSUM:

initiativ - Rundbrief der Ökumenischen Initiative Eine Welt

Herausgeber und Verleger: Ökumenische Initiative Eine Welt e.V. (ÖIEW)

Redaktion: Diotima Csipai, Hermann Garritzmann, Martin Schuler, Michael Steiner (mst)

Redaktionsanschrift:

ÖIEW, Laurentiushof Wethen, Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt, Tel. 05694-1417, Fax 05694-1532, e-mail: info@oeiew.de

Satz/Gestaltung: Michael Steiner, Bonn
Gedruckt bei stattwerk e.G., Essen, auf Recycling-Papier.
Auflage: 1.500 Exemplare

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: **15. Febr. 2004**

Der Bezugspreis wird durch Mitgliedsbeiträge abgegolten. Bestellungen an o. a. Adresse der ÖIEW. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Ökologie und Ökonomie versöhnen Anstöße aus einem Sommerurlaub in Norwegen

Von Reinhard J. Voß

In den 80er Jahren veröffentlichte die ÖIEW eine weitsichtige Broschüre „Ökologie ist Langzeitökonomie“. So gut und treffend der Titel war, so wenig haben wir im Kern dazu beigetragen, beide zu versöhnen.

Ein paar Beispiele:

- Die Grünen und die von Ernst-Ulrich von Weizsäcker beeinflussten Teile der SPD haben die Öko-Steuer eingeführt – unter großem Geheul weiter Gesellschaftsschichten und Lobbygruppen. Aber sie haben nicht vermitteln können, dass diese Steuer eine ökologische Steuerungsfunktion haben soll und kann. Und sie haben nicht klar machen können, wo die Einsparwirkung bzw. Kompensation zu finden war. Vielmehr wurde sie negativ als unredliche Zusatzsteuer zur Entlastung der Sozial- bzw. Rentenkassen erlebt.

- Wir haben angesichts der Massen- und Überproduktion, der Konsumfixierung und -steigerung auf das Sparen und Teilen gesetzt. Manchmal auch auf neue sozial und ökologisch produzierte oder vertretbare Produkte. Aber eine wirkliche Umorientierung des Produktionssystems war nicht im Blick.

- Die Umwelt- und konsumkritischen Bewegungen haben sich oft genug auf Protesthaltung und -strategie in den Medien und gesellschaftlichen Gruppen beschränkt, nicht aber die wirkliche Auseinandersetzung mit den Produzenten riskiert. Da fallen mir nur die Kritischen Aktionäre und einige Aktionen von Greenpeace ein, z.B. in Kooperation mit einer sächsischen Firma zur Förderung des FCKW-freien Kühlschranks.

- Manche Aktivisten haben sich auf die Förderung neuer Produkte wie Sonnen- und Windenergie-Anlagen konzentriert und damit – unterstützt durch die rotgrüne Regierung - auch ökonomisch dazu beigetragen, dass sich neue ökologische Wirtschaftszweige entwickeln konnten. Aber der Zwang zum Wachsen blieb; wenn auch ideologisch erträglicher als „qualitatives Wachstum“.

- Die Lebensstil-Bewegung ist in der Gefahr, zur moralisierenden Bewegung zu werden, die zu wenig politische Kontakte pflegt und ausbaut, um ihre guten Leitideen wirksam und politikfähig zu machen. Die Erfahrungen und das häufige politische Einknicken der Grünen Partei haben diesen Trend noch verstärkt.

„Zukunft in unseren Händen“

Zu diesen Gedanken wurde ich in meinem Sommerurlaub in Norwegen angeregt, wo ich nach dem Verbleib der Schwesterbewegung der ÖIEW fahndete: „Zukunft in unseren Händen“, in den 70ern gegründet von Eric Dammann auf Grund seines gleichnamigen Buches, das er nach einem einjährigen Aufenthalt mit seiner Familie auf Samoa schrieb. Damals hat sich kein direkter Kontakt zur ÖIEW entwickelt, weil wir

keine Materialien in Englisch produzierten. Die dortige Lebensstilbewegung, so hörte ich nun, fand weit größeren Anklang als die deutsche und hatte bald über 20.000 Mitglieder – bei einer Bevölkerung von 5 Millionen ein erstaunlicher Erfolg.

Die Entwicklungen, die ich von meinem Gesprächspartner Jacob Bomann-Larsen in Oslo erfuhr, waren sehr ähnlich: Nach einer starken Startphase wurden viele praktische Tipps und Ideen für einen alternativen Alltag verbreitet, viele Mitglieder setzten dies im Medien-, Schul-, Kirchen- und auch beruflich-politischen Bereich um. Dann aber wurde es ruhig um die Bewegung. In Norwegen spülte zudem der Ölboom, in Deutschland die neue Einheit einiges über Bord. In den letzten paar Jahren wurde ein Neustart versucht: in Norwegen mit einem „Forum für eine System-Debatte“, in Deutschland mit der Erdcharta-Arbeit. Aber auch diese Impulse drohen im breiten Medienwald unterzugehen, wenn sie nicht professionell weiter getrieben und politisch eingefüttert werden.

Kontakt mit Politikern und Industriellen

Bomann-Larsen, dessen Frau Marit Kaarhus in den letzten Jahren „Zukunft in unseren Händen“ koordinierte, wies mich darauf hin, dass es unabdingbar sei, die Lebensstil- und Ökologiefragen in direktem Kontakt mit Politikern und Industriellen weiter zu entwickeln. Er, der selbst als Konsumbeauftragter im Familien- und Kinderministerium arbeitet und dort gerade „Nach-Johannesburg-Empfehlungen“ der Regierung vorgelegt hatte, erzählte ein schönes Beispiel:

Ein Teppich-Unternehmer in Atlanta/USA habe eingesehen, dass er der Umwelt zuliebe mehr Kreislaufwirtschaft organisieren müsse. Er habe seinen Großkunden (z.B. Banken) angeboten, seine Teppiche künftig nicht mehr abzukaufen, sondern nur noch zu leasen; d.h. ihre Pflege, ihre Rücknahme und ihr umweltgerechtes Recycling zu garantieren. Denn die Kunden seien ja nicht unbedingt am Besitz der Produkte, sondern an ihrem praktischen und ideellen Nutzwert interessiert. Dadurch sei für die Firma der Zwang zur Mehrproduktion überwunden worden. Die Firma bleibe Eigentümerin und Verantwortliche der Produkte und sei so plötzlich nicht an einem schnellen Verfall, sondern an einer möglichst langen Lebensdauer derselben interessiert.

Dieses Konzept sei ein Beispiel für „Product Service Systems“, welche die UN-Umweltbehörde UNEP 2003 als „functional based approach“ befürwortet habe. Letztlich gingen solche Ideen und Ansätze auf E. U. v. Weizsäckers Theorie vom Faktor vier zurück, die weltweit wahrgenommen wurde als Ermutigung, dass ökologisches Wirtschaften auch ökonomisch sinnvoll und profitabel sein kann. „Faktor vier“ zielt auf eine Effizienzsteigerung, bei der die Ressourcen mindestens viermal besser genutzt werden als bisher. Mit halbiertem Naturverbrauch kann so der Wohlstand verdoppelt werden.

In Weiterentwicklung dieses Ansatzes setzt das „Product Life Institute“ des Schweizer Walter Stahel (Genf) auf neue Leasing-Konzepte einer „functional economy“. In den USA gibt es einen sehr ähnlichen Ansatz beim Rocky Mountain-Institute von Amory Lovins und Paul Hawkin, die vom „Natural Capitalism“ sprechen und wie der Schweizer einen Weg zur Verringerung der Überproduktion und ein Ende des systembedingten Zwangs dazu suchen.

Dieser Ansatz geht weit über die ebenfalls noch nicht politisch wirklich umgesetzten Vorschläge hinaus, das Bruttosozialprodukt zu ersetzen durch neue ökologische Rechnungs- und Statistik-Systeme wie den „Index for Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) oder – wie es neuerdings heißt – einen „Genuine Progress Indicator“. Nähere Informationen dazu über „Redefining Progress“: www.rprogress.com

Eine Einsicht und eine erste Grundsatz-Frage löste dieser Vorschlag des Leasings bei mir aus.

Die Einsicht:

Wir haben durch Kritik am Wachstumskonzept und die Nichtkooperation mit Wirtschaftsbetrieben den Weg des Boykotts oder des Weniger-, Nicht- oder gemeinsamen Kaufens und Nutzens beschritten, um so die Umweltbelastung zu verringern. Die Firmen aber stehen in einem Konzept der systembedingten Mehrproduktion und würden bei größerem Erfolg solchen Verhaltens schlicht nicht überleben. Die Förderung

ökologischer Unternehmen und Produktionsweisen durch alternatives Kaufverhalten war zwar gut, ließ diese aber alsbald ebenfalls in solche Wachstumszwänge geraten.

Die Grundsatzfrage an ein Leasingkonzept:

Ein solches Konzept, das die Firmen vom Wachstumszwang befreite, müsste ideologisch mit dem Eigentumsbegriff der Konsumenten brechen. Wie ist ein solcher Paradigmenwechsel zu schaffen? Und wie müsste das Zahlungssystem beschaffen sein, dass bei längerer Lebensdauer der Produkte nicht eine viel größere Kaufsumme herauskäme?

Interessante neue Ausblicke und Chancen zum Dialog zwischen Konsumenten, Produzenten und politisch Verantwortlichen. Kämen wir da voran, würde vielleicht ein Phänomen überwunden, das mich seit Jahrzehnten ratlos gelassen hat: Immer wenn wir mit einer Idee erfolgreich waren, wurde sie von „der Wirtschaft“ gestohlen, eingebaut und verwertet – zu deren Nutzen, aber ohne jede strukturelle Veränderung. „Life style“ ist in der heutigen Werbung längst nicht mehr das, was wir mit Lebensstil propagiert haben. ■

Reinhard J. Voß ist Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi. Er war bis 1992 Geschäftsführer der ÖIEW und von 2000 bis 2002 deren 1. Vorsitzender.

Kontakt zu „Zukunft in unseren Händen“ in Norwegen: Framtiden i Vare Hender, Fredensborgun 24 G, Koks 4743 Sofienberg, N-0506 Oslo, e-mail: fivh@fifi.no

Nach-gedacht...

Noch kratzt mich die unwidersprochene Behauptung eines Frankfurter Bankers auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin. Den Erwartungen und Forderungen von Dritte-Welt-Ökonomen trat er entgegen mit dem Satz: „Der Mensch ist von Natur aus unersättlich. Deswegen werden wir immer Wachstum und immer größere Produktionsmengen brauchen!“

Dem ersten Satz der Behauptung kann natürlich nicht widersprochen werden. Der Mensch ist unersättlich. Letztes Beispiel: Richard Grasso, der rührige Chef der New Yorker Börse, musste seinen Hut nehmen, weil er mit seinen übertriebenen Millionenbezügen (12-15 Millionen Dollar jährliches Einkommen + 140 Millionen bar ausbezahlte Rente + 187,5 Millionen Dollarforderung für die kommenden 4 Jahre) selbst die Amerikaner skandalisierte. Auch bei uns gibt es Einkommen, die jedes vernünftige Maß übersteigen. Dazu kommen die unvernünftigen Bonifikationen, die den Gerechtigkeitsinn beleidigen. Warum soll jemand zusätzlich belohnt werden, weil er seine Arbeit gut macht? Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit? Muss er dafür auch noch belohnt werden? - Auch im Bereich des Konsums ist der Mensch unersättlich: Er will immer mehr und immer anderes: ein Luxusauto für eine Million Euro, Produkte, die jedes Maß übersteigen und angesichts der ökologischen Situation unserer Tage unverantwortlich sind.

Ebenso, ja noch mehr, ist der Mensch im geistigen Bereich unersättlich. Er will immer mehr Informationen, Erkenntnisse, Einsichten..., immer mehr Anerkennung, Liebe, Ge-

borgenheit. Der Mensch ist ein einziges gefräßiges ontologisches Loch, das durch nichts und durch niemand gefüllt werden kann. Augustinus prägte deswegen den Satz: „Unruhig ist unser Herz, bis es ruhet in dir“ - und behauptete also, dass unsere Unersättlichkeit letztlich nur durch Gott zufriedengestellt würde.

Wenn dem aber so ist, dann stimmt der zweite Teil der Behauptung des Frankfurter Bankers nicht! Darin liegt gerade der große, stets wiederholte Irrtum des Menschen. Er sucht Erfüllung durch Vermehrung und Anhäufung irdischer Güter, oft durch Raffgier und Habsucht. Er löst das Problem also quantitativ, statt qualitativ. Uns und der ganzen Welt wäre mehr geholfen durch Qualität: weniger, aber bessere und haltbarere Produkte; Arbeitsplätze, wo Arbeiter und Arbeiterinnen Partner und Partnerinnen sind; eine Gesellschaft, die durch Hoffnung und echte Lebenslust gekennzeichnet ist; Nachbarschaften, Freundschaften, Beziehungen, in denen sich der Mensch geborgen weiß; ein Leben, das sich in die Unendlichkeiten des Universum öffnet; ein Verhalten, das solidarisch ist mit allen Menschen und geprägt von der Ehrfurcht gegenüber allem, was ist. Franz von Assisi hat uns gezeigt, dass es sich lohnt, sich auf der qualitativen Ebene anzusiedeln.

Anton Rotzetter OFMCap

Pater Dr. Anton Rotzetter ist Schweizer Kapuziner und Autor zahlreicher Publikationen zur franziskanischen Spiritualität. Der vorstehende Beitrag ist entnommen dem „Missionsdienst“ Oktober 2003 der Missionszentrale der Franziskaner.

Wer *Hermann Garritzmann*, den Erd-Charta-Koordinator und -Promotor der *Ökumenischen Initiative Eine Welt*, ein wenig kennt, weiß, dass um seine verschiedenen Arbeitsplätze herum immer einige Stapel mit Büchern und Zeitschriften liegen – aber durchaus als geordnetes Durcheinander: als Vorbereitung für anstehende Vorträge oder noch zu schreibende Artikel; Themen, die ihn interessieren, die aber noch nicht dran sind; neue Romane, die er unbedingt noch lesen möchte, ...

Für *initiativ* nimmt er jeweils einige Bücher aus diesen Stapeln, um sie ganz kurz vorzustellen. Sie können thematisch sehr unterschiedlich sein und trotzdem zusammenpassen.



Wann ist ein Krieg wirklich zu Ende? Aus dem Bücherstapel von Hermann Garritzmann

Die Erfahrung zeigt, dass ein Krieg wohl selten dann wirklich zu Ende ist, wenn er „offiziell“ beendet wird. Die kriegerischen Auseinandersetzungen haben lange Nachwirkungen; viele Beteiligte sinnen auf Rache und Vergeltung. In allen als ethnisch, sozial oder religiös georteten Konflikten unserer Zeit, ob in Afrika, auf dem Balkan, im Nahen Osten oder sonst wo steckt in der Tiefe immer auch ein Keim von Auge um Auge, Zahn um Zahn. Deswegen ist es nicht ungewöhnlich, Rache als Grundmotiv menschlicher Handlungen in einem Roman dargestellt zu finden: [Alessandro Baricco „Ohne Blut“](#), Carl Hanser Verlag, München 2003.

Der Inhalt des nicht sehr umfangreichen Buches (102 S.) ist schnell skizziert: Eigentlich ist der spanische Bürgerkrieg vorbei. Auf einem einsamen Bauernhof aber übt ein Kommando von vier Männern blutige Rache: liquidiert wird Manuel Roca, ein Arzt, der während des Bürgerkrieges in seiner Klinik Häftlinge misshandelt und getötet haben soll. Als der kleine Sohn dem Vater zu Hilfe kommen will, wird auch er erschossen. Nur die Tochter Nina überlebt, die der Vater kurz vor der Schießerei noch in einem Kellerloch verstecken konnte. Zwar wird sie dort vom jüngsten der Mörder entdeckt, doch er verrät sie nicht.

Das ist die Ausgangssituation in dem neuen Roman des 1958 in Turin geborenen Autors. Jahrzehnte später treffen Nina und Tito (ihr Retter?) sich wieder, nicht ganz zufällig. Die anderen, an dem Mord beteiligten Männer sind bereits tot; offenbar wurde auch an ihnen Rache geübt. Der Autor deutet das aber nur an. Die Begegnung zwischen Nina und

Tito wird spannend. Er glaubt, dass sie ihn auch töten wird. Seine Denkweise lässt keine andere Schlussfolgerung zu. Aber Nina, im Laufe der Jahre zu einer schönen alten Frau geworden, hat ganz andere Pläne mit ihm...

Diese parabelhafte Geschichte ist von beunruhigender Aktualität: Wann ist ein Krieg wirklich zu Ende? Wer ist in extremen Situationen Opfer, wer Täter? „Was zum Teufel haben wir getan?“, fragt einer der Mörder immer wieder. In den Dialogen des Romans bleibt manches unausgesprochen, vielleicht auch unaussprechlich, im Textbild oft nur mit „...“ kenntlich gemacht.



„Das um sich greifende Gefühl, auf einer Insel zu leben, die inmitten eines unergründlichen Ozeans aus Chaos, Gewalt und Fanatismus liegt, ist deshalb alarmierend, weil es nicht ohne Bezug zur Wirklichkeit ist. Während immer umfassendere Ordnungsstrukturen unser Leben wirtschaftlich, technologisch und politisch regulieren und zu einer Angleichung der Lebensumstände und Werte führen, wächst die Kluft zu jenen Ländern, Regionen oder Stadtvierteln, die mit der Entwicklung nicht mehr mithalten, bis sie gänzlich von unserer Realität abgekoppelt sind.“

So formuliert [Navid Kermani](#) in der Einleitung zu seinem Buch *„Schöner neuer Orient. Berichte von Städten und Kriegen“*, Verlag C.H. Beck, München 2003. Seine brillanten Reportagen führen uns in all jene Regionen der islamischen Welt, die heute als Brennpunkte die politische

Aufmerksamkeit fordern: Ägypten, Pakistan, Tadschikistan, Indonesien, Israel und Palästina, Iran. Die Art und Weise, wie Kermani einzelne Situationen oder Begegnungen und Gespräche mit Menschen in diesen Ländern schildert, macht schnell Zusammenhänge deutlich und hellt Hintergründe auf.

Seine sehr präzisen Texte wirken wie kleine, lebendige Stücke auf der Bühne, in denen ganze Länder-Dramen gespielt werden. Auch wenn die Handlungsorte weit entfernt scheinen, trifft die Analyse immer auch unsere eigene Welt: nicht mehr die Elenden, Aussätzigen, Andersfarbigen leben in Ghettos, sondern die Reichen – beobachtet und beschreibt Kermani und warnt: Je mehr die restliche Welt von unserer Realität abgekoppelt wird, um so gewaltsamer wird sie in unser Bewusstsein zurückkehren. Bei der Lektüre von Kermanis Berichten wird auch deutlich, wie Kriege immer mehr zu Wirtschaftsunternehmen werden: überall geht es auch um die Zinsen der Macht. Die bekannten Erklärungen genügen nicht mehr, um solche Arten von Kriegen zu begreifen, die von Warlords und Milizen eher geführt werden als von Politikern und Armeen.



Das neue Buch von [Ulla Hahn „Unschärfe Bilder“](#) (Deutsche Verlags-Anstalt, München 2003) ist ein Roman über den unerwarteten Zusammenprall der Erlebniswelt des Krieges mit den ganz anderen Erfahrungen der nächsten Generation. Die Bilder der Ausstellung „Verbrechen im Osten“ haben Katja aufgeschreckt. Sie weiß, dass ihr Vater Soldat in Russland war. Wo aber war er, als diese Verbrechen geschahen?

Katja bringt ihrem Vater den Katalog dieser Ausstellung ins Seniorenheim und hofft, dass er dadurch von sich aus auf seine Rolle während des Krieges in Russland zu sprechen kommt. Widerwillig beginnt dieser langsam zu sprechen. Aber in ihm leben ganz andere Bilder. Der Vater erinnert Bilder des Grauens. Als er der Tochter vom Schlachten des Krieges erzählt, erträgt sie es nicht, hält sich die Ohren zu. Der Vater reagiert: „Ich hatte dich gewarnt. Ich habe meine Bilder: Bilder, die du auch kennen musst. ... Von solchen Bildern, von meinen Toten, von meinen Freunden und Kameraden habe ich in deinem Buch kein Bild gesehen. Meine Erinnerung kann ich da nicht finden.“

Die blutigen Bilder, die der Vater erinnert, verwirren die Tochter. Wenn sie aber der Wahrheit der Fotos näher kommen wollte, musste sie auch seine Bilder ertragen. Sie war mit der anklagenden Frage nach den Verbrechen deutscher Soldaten gekommen. Die Erzählungen des Vaters empfindet sie nun als Ausweichen vor dieser zentralen Frage. Unnachgiebig fragt sie weiter. Das Gespräch zwischen Vater und Tochter gestaltet sich schwierig. „Wie viele Seiten hat die Wahrheit? So viele wie wir Bilder für sie haben. Oder Worte.“

Die Tochter kommt ins Nachdenken: Wann ist etwas vorbei? Wenn wir es vergessen haben? Im Laufe der Wochen dauernden Gespräche denkt Katja: „Wenn wir die Erben der Verstrickung unserer Väter und Mütter in den Nazijahren sein wollen, wenn wir ehrlich Verantwortung für diese Geschichte mit übernehmen wollen, dann müssen wir auch die Erben der Leiden, der Verletzungen werden, all der zerstörten Lebenspläne der Deutschen dieser Jahre.“ (S. 145) - War es richtig, den Vater zum Sprechen zu bringen? ■

Die nebenstehende „Randnotiz“ ist der „tageszeitung“ (taz) vom 7.10.2003 entnommen, bei der Bernhard Pötter Umweltredakteur ist. Eine Auswahl seiner „Kinder“-Kolumnen ist kürzlich unter dem Titel „Das Leben ist ein Kinderzimmer. Ein Vater packt aus“ als Taschenbuch bei Herder-Spektrum erschienen. Ein unterhaltsames Geschenk mit hohem Wiedererkennungswert für junge und jung gebliebene Eltern – nicht nur zu Weihnachten... *mst*

Terroristin der Ökonomie

Randnotiz von Bernhard Pötter

Attac muss umdenken: Natürlich ist die Welt eine Ware. Seit meine Tochter einen Kaufmannsladen hat.

„Papa? Schokoeis?“ Wie viele hatte ich schon? Sechs? Aber gut. Hmm, lecker. „Papa? Schokoeis?“ Na gut, Tina. Noch eins, dann ist Schluss. „Papa? Schokoeis?“ Nein, vielen Dank. Ich hatte jetzt achtmal Eis. Ich möchte nicht mehr. „Papa? Schokoeis?“ Nein, danke. „Papa, Schokoeis?“ Nei-hen! „Papa!! Schokoeis!!“ Meine Tochter steht hinter dem Tresen ihres Kaufmannsladens. Tränen stürzen aus ihren Augen. Achtmal habe ich von ihr Eis gekauft, achtmal ging es gut. Jetzt ist der Markt gesättigt. Die Katastrophe ist da. „Papa-ha!“, schluchzt sie. „Schokoeis!“

Wir sind ja selbst schuld. Warum haben wir im Urlaub auf dem Weg zum Strand aus jeder Laterne (aber nur als Spiel!) eine Verkaufsstelle für eine andere Eissorte gemacht? („Komm, weiter, da hinten gibt es Gummibär-Eis!“) Und warum haben wir unserer Tochter zum zweiten Geburtstag diesen Kaufmannsladen gebaut, mit Kasse und Waage, Spielobst und -gemüse, Nudeln und Eistüten aus Holz? Jetzt verkauft Tina ihre Ware wie eine erfahrene Fischfrau vom Wochenmarkt. Mit Geschrei und Drohungen. Mal mit Drückermethoden, dann wieder mit devotem Service. Sie hält mir die Tüten auf. Sie packt meine Einkäufe ein. Sie gibt mir sogar Geld, damit ich einkaufe. Sie ist so verzweifelt auf der Jagd nach Konsumenten, dass sie auch die Steuerreform vorziehen würde.

Der Kaufmannsladen meiner Tochter ist eine dattelpalmengesäumte Oase in der Servicewüste Deutschland. Hier drinnen bin ich König Kunde. Dort draußen bin ich Karl Arsch. Die Fahrscheinautomaten der U-Bahn nehmen mein Geld nicht an, damit ich als Schwarzfahrer 40 Euro zahlen muss. Ich vergeude meine Jugend auf den Fluren der Meldebehörde. Ich wundere mich, warum die Kassensfrauen im Schwimmbad hinter schussicherem Panzerglas sitzen. Und ist es woanders besser? Im Serviceland Nummer eins, den USA, sind alle zwar immer mächtig freundlich. Aber wenn das Auto aus der Werkstatt kommt, ist es verkorkter als vorher. Haben Sie mal beim US Postal Service ein Buchpaket zum speziellen Buchpreis aufgegeben? Haben Sie mal versucht, in Indien ein Zugticket zu kaufen? Oder ein Visum für Südafrika zu bekommen? Sehen Sie.

Ernst genommen als mündiger Verbraucher fühle ich mich nur von meiner Tochter. Sie hat diesen Dienstleistungswillen. Sie weiß, wie wichtig wir Verbraucher sind. Mehr Nachfrage heißt mehr Wirtschaftswachstum heißt mehr Arbeitsplätze heißt, allen geht es besser. Das klingt so gut, dass man alle Probleme vergisst, die das Wirtschaftswachstum nebenbei so schafft.

Was die Kaufkraft der Massen und ihre Pflicht zum Konsum angeht, ist meine Tochter konsequente Anhängerin der Nachfrage-theorie von John Maynard Keynes. Im Kinderzimmer herrscht Kaufzwang wie bei Ikea. Besucher werden an der Tür abgefangen und an der Hand vor den Laden gezogen. Dort müssen sie ihre Brief-taschen leeren und ihre Tragetaschen füllen. Der Konsumterror erstreckt sich auf alles: Bücher, Teddys, Puppen, Playmobil-Ritter, Autos, die Reste vom Frühstück, das Weihnachtsgeschenk von Oma, die Unterhosen des Bruders. Alles verschwindet auf und unter dem Ladentisch, alles ist verkäuflich, alles hat einen Preis. Tinas wichtigste Aufforderung an uns heißt: „Kaufen!“ In einem Befehlstone wie Großspekulant George Soros, als er das europäische Währungssystem in die Krise stürzte. Konsumverzicht kommt bei unserer Tochter nicht in die Tüte. Die Welt ist keine Ware? Hier schon.

Unheimlich wurde ihr dieser Terror der Ökonomie nur einmal. Letzte Woche standen wir bei Reichelt an der Kasse, gleich neben den Tiefkühlregalen. Da hob ich sie in den Einkaufswagen, schob sie zur Kassiererin und fragte: „Und was kostet so ein kleines Mädchen?“ Da war der entfesselte Kapitalismus selbst für Tina einen Schritt zu weit gegangen. Entsetzt sprang sie mit Tränen in den Augen auf und zeigte neben mich: „Nee, Papa, nicht Tina kaufen! Schokoeis!“

Advent

Die Sterne
kann ich nur
im Dunkel sehen

die Verheißung nur
in der Stille
hören

aufbrechen nur
wenn ich
seßhaft bin

Weihnachten
ist das Fest
des

Anderen



(Andrea Schwarz, aus: Wenn ich meinem Dunkel traue.
Auf der Suche nach Weihnachten, Herder Verlag, Freiburg 1993)

MitarbeiterInnen und Vorstand der Ökumenischen Initiative
Eine Welt wünschen allen Leserinnen und Lesern eine fried- und
sinnvolle Advents- und Weihnachtszeit sowie ein glückliches
und segensreiches Jahr 2004.

öiew
mittelstr. 4
laurentiushof
wethen
34474 diemelstadt

www.oew.de

fon 0 56 94 - 14 17
fax 0 56 94 - 15 32

spendenkonto
waldecker bank e.g.
blz 523 600 59
konto 0 915 300

email info@oew.de